



Berlin, 18. Januar 2012

## GdP: „Verbunddatei Rechts“ Schritt in die richtige Richtung

**Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt den Kompromiss zwischen Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und Bundesinnenminister Friedrich zur Schaffung einer „Verbunddatei Rechts“. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Weitere parteipolitische Auseinandersetzungen würden Zeit kosten, die wir im Kampf gegen die Aufdeckung von Netzwerken gewaltbereiter Rechtsextremisten nicht haben.“

Die Auseinandersetzung um diese Datei in den vergangenen zwei Monaten, so Witthaut, gebe auch Aufschluss darüber, warum es in den zurückliegenden zehn Jahren nicht gelungen sei, einzelne Mosaiksteine der rechtsterroristischen Zwickauer Zelle zusammensetzen. Witthaut: „Auch jetzt beharrt die Bundesjustizministerin auf Speicher- und Lösungsfristen. Wie sollen die Sicherheitsbehörden aber langjährige Verbindungen aufdecken, wenn sie ihre Erkenntnisse aus Datenschutzgründen nach einigen Jahren wieder wegwerfen müssen?“

Als „völlig unstrittig“ bezeichnet die GdP die Absicht, das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz zu beachten. Witthaut: „In einer akuten Bedrohungslage darf das Trennungsgebot weder einen reibungslosen Informationsaustausch, noch die Zusammenarbeit der Behörden behindern.“ Die Sicherheitsbehörden, so Witthaut, kämpften gegen jede Form von Extremismus, Gewaltbereitschaft und Anschlagplanung. Witthaut: „Die Erfassungskriterien müssen von gleicher Qualität sein, Gesinnungsdateien lehnt die Gewerkschaft der Polizei ab. Keinesfalls darf ein Datenfriedhof entstehen.“

Die Tauglichkeit der neuen Verbunddatei, so Witthaut, werde in der Praxis auf den Prüfstand gestellt. Witthaut: „Nachbesserungen müssen möglich sein.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190